



# Aus dem Hauptauschuss des Reichstags.

Kriegsminister von Stein gibt die „Instruktionschrift“ preis. — Herr v. Payer über die Ostfragen.

immer weitere Zugeständnisse verlangt. Das gleiche Wahlrecht ist eine Staatsnotwendigkeit! Das ist so oft und so gründlich dargelegt worden, daß es sich wirklich erübrigt, auf diese Frage noch einmal einzugehen. Wenn das gleiche Wahlrecht aber eine Staatsnotwendigkeit ist, dann ist nicht einzuwenden, weshalb der Liberalismus die Erfüllung dieser Notwendigkeit mit Zugeständnissen von der Rechten gewissermaßen erkaufen soll! Von der gegnerischen Seite muß man so viel Selbstberückung erwarren und verlangen, daß sie eine Staatsnotwendigkeit um ihrer selbst willen erfüllt, und nicht deshalb, weil genügend politische Gesichtspunkte geboten werden! Nun hat zu allem Ueberflus die Verfassungscommission, der schließlich ja nur die Mehrheitsverhältnisse des Dreiklassenparlaments widerspiegeln, die Vorlagen der Regierung in einer Weise bearbeitet, daß sie noch mehr den Wünschen der Rechten angepasst wurden. Das Maß der Konzeptionen, die die Linke bringen soll, wurde damit abermals erhöht. Wenn aber jetzt die Rechte und das Zentrum mit weiteren „Sicherungs“-Anträgen kommen, die geeignet sind, das gleiche Wahlrecht für Preußen zur reinen Dekoration herabzinken zu lassen, dann kann nicht energig genug betont werden: Das Maß der Konzeptionen ist gerichtlich und geschichtlich voll. Die Linke hat so viel Entgegenkommen bewiesen, daß ihr zu weiteren Konzeptionen kaum noch etwas übrig bleibt, wobei schließlich doch auch daran zu erinnern ist, daß sie es ist, nicht die Rechte, die für die Erfüllung der künftigen Reichstags vom Juli vorigen Jahres eintritt. Bisher sind fünf noch „Sicherungen“, denen die Linke noch zustimmen kann. Wir sehen, wie schon einmal gesagt, nicht eine solche Möglichkeit. Das, was das Zentrum in den schon einmal besprochenen Anträgen wünscht, kann unmöglich die Basis für eine Verständigung sein, die auch die Zustimmung der Rechten findet.

Die Regierung darf nach wie vor nicht übersehen, daß sie durch zu weitgehende Konzeptionen an Stimmen auf der Linken verliert, was sie auf der Rechten gewinnt. Auf diese Weise wird sie niemals positive Arbeit leisten können! Bei keiner Partei imponiert man mehr durch Festigkeit und Zielklarheit, als gerade bei den Konservativen. Durch falsch eingeschätzte Nachgiebigkeit härtet die Regierung nur die konsequente Opposition. „Der Appetit kommt mit dem Essen“ — dieses alte volkstümliche Sprichwort gilt mit besonderer Berechtigung in bezug auf die Konserwativen, die mit nicht alltäglicher Zähigkeit ungeredete und unbillige Benutzungen längst vergangener Zeiten zu behaupten wissen. Mit welchen Mitteln die Konserwativen auch jetzt wieder arbeiten, deutet die Meinung eines altbewährten Blattes an, nach der von Payer und Dr. Drews aus der Regierung ausgeschloffen werden sollen. Wenn hier auch nur der Wunsch der Vater des Gedankens sein wird, so ist doch schon dieser Wunsch fernzujagen. Man möchte die Männer aus der Regierung verschwinden lassen, die gerade das Vertrauen der dritten Wähler der Bevölkerung haben. Dabei ist man kurzlich genug, nicht an die Rückwirkungen zu denken, die eine solche Ausschlopfung an die gesamte Reichspolitik haben müßte.

In dem erwähnten Wunsch zeigt sich abermals, daß man auf der Gegenseite den Konflikt auch im jetzigen Stadium des Krieges nicht sieht, wenn er der Erfüllung der eigenen Interessen dient. Daß ein solcher Wunsch gänzlich wertlos ist, hat die Regierung letzten Endes selbst durch ihre nachgiebige Haltung verurteilt. Wir müssen es durchaus zu würdigen, wenn sie kein Mittel unversucht lassen will, um die Wahlrechtsvorlage nach dem Willen des Königs ohne die stehenden Erschütterungen durchzubringen, die ein Wahlkampf während des Krieges im Gefolge haben müßte. Aber sie hat nicht deutlich und scharf genug erkennen lassen, daß sie zu dem letzten Mittel einer Auflösung des Dreiklassenparlaments bereit ist. Es dürfte nicht dahin kommen, daß einzelne Abgeordnete immer wieder sagen könnten: Die Regierung meint es ja gar nicht so schlimm, sie tut nur so! Die Regierung behandelt sich bereits bedenklich auf solcher Ebene, als von Abgeordneten erneut gesagt wurde, sie habe ihr letztes Wort noch nicht gesprochen. Sie überhebt unser Ergehens auch so sehr, daß eine Erfüllung der künftigen Reichstags in einer Weise, die deren Sinn aufhebt, gleichfalls zu schweren Erschütterungen im Innern führen muß. Dadurch kommt sie in die Kollage, von zwei Uebeln aber ist die Auflösung! Das sagen wir gerade aus nationaler Gesinnung heraus, allein bekennt sich von dem Gedanken, daß alles getan werden muß, um im Innern eine Gelinnung zu erhalten, die den Sieg nach außen erleichtert!

Zu ähnlichen Gedankengängen ist man namentlich jetzt in Ungarn gekommen. Die Ermüdungen haben dort die Zustimmung des Königs gefunden, der sie in dem Hand schreiben an den Ministerpräsidenten Weterie zum Ausdruck bringt. Der Kaiser und König in der habsburgischen Doppelmonarchie jedoch nur Wahlen aus während des Krieges nicht zurück, denn die ungarische Reaktion gegenüber den Wünschen der reformfreundlichen Regierung kein Einsehen hat. Dr. Weterie hat das Auflosungsdekret loszulassen in der Folge. Die Budapest Regierung hat damit durch ihr Beispiel dem Berliner Kabinett die Achtung gewiesen. Was in Ungarn möglich ist, sollte in Preußen nicht unmöglich sein. Ein festes Auftreten, wie Weterie es sich durch das fälschlich künftige Hand schreiben hat zuzuschreiben lassen, würde auch bei uns Wunder wirken. Die Regierung hat es noch immer in der Hand, die Zustimmung Kaiser Wilhelms aus ihrem Geiste nach zu erfüllen, sie muß nur wollen!

Carl Holm.

Der Hauptauschuss des Reichstags unterbrach am Dienstag mittags die weitere Aussprache über die Ukraine und verhandelte über die Angelegenheit der von Ag. Koste (Sag) in der letzten Woche zur Sprache gebrachten

Instruktionschrift für den Dienstgebrauch im österreichischen Militärwesen, die die Bedingungen des Reichstags enthalten hätte. Der Ausschuss hatte die Besprechung dieser Angelegenheit zurückgestellt, bis das Kriegsministerium die notwendigen Feststellungen getroffen haben konnte. Das ist inzwischen geschehen. Nach diesen Feststellungen handelt es sich um eine nur für die den Unteroffizier ertheilten Offiziere bestimmte Instruktionschrift, die ein Heft aus einer sonst nicht zu beachtenden Schriftensammlung sei. Sogleich nach Eröffnung der Sitzung sprach

Kriegsminister v. Stein: Den Mitgliedern des Ausschusses ist ein Stück des Heftes 7 der Druckstrichfolge „Unser Vaterland“ übergeben worden. Meine Stellungnahme diesem Heft gegenüber hat sich nicht geändert. Ich lehne es ab, es ist unannehmlich. Die Oberste Heeresleitung ist der gleichen Ansicht. Wir wollen nicht, daß der politische Kampf in das Heer hineingetragen wird. Im allgemeinen geht die Verlegung des Heeres mit Unteroffizierstoff von einer Hauptstelle aus, aber auch die einzelnen Armeekorps-Oberkommandos stellen gelegentlich derartige Material auf. Ich habe die ganze Schriftensammlung durchgesehen. Das beinhalten die Heft 7 und einige andere Hefte sind eingesehen worden. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen.

Der Abg. Gothein (Fortf. v. P.) und Scheidemann (Sag) gaben ihrer Zustimmung Ausdruck über diese Heft-Erstellung des Kriegsministers. Aber damit könne die Sache nicht abgetan sein. Beide Abgeordneten baten um Angabe des Namens des Verfassers und um Ausfertigung der weiteren Hefte der Schriftensammlung. Abg. v. Graefe (Konf.) wünschte genaue Umschreibung der beabsichtigten Stellen.

Abg. Gröber (Zentr.): Für uns ist das Wichtigste die politische Tendenz, die sich in dieser Schrift ausdrückt.

Abg. Koste (Sag.): Es handelt sich nicht um eine Instruktionschrift für Offiziere, sondern die Schrift ist auch direkt an Soldaten verteilt worden.

Abg. Haale (L. Extr.): Das kann ich bestätigen. Es handelt sich hier um eine einzige politische Beeinflussung des Heeres, die abgestellt werden muß.

Abg. Dr. Jund (Natl.): Auch wir bedauern das Vorkommen, und zwar nicht nur wegen der einzelnen beabsichtigten Stellen, sondern wegen der Angehörigkeit der ganzen Methode.

Abg. v. Graefe (Konf.) bestritt, daß es sich um eine einseitige politische Beeinflussung handelt.

Abg. Erzberger (Zentr.): Zweitens handelt es sich um Angriffe gegen einzelne politische Parteien.

Der Vorsitzende Abg. Fehrenbach erklärte die Angelegenheit damit für den Ausschuss erledigt.

Kriegsminister v. Stein sagte hinzu, daß der österreichische Militärminister für das Heer eine Notwendigkeit sei, die nicht verpaidet werden könne.

Der Ausschuss wandte sich dann wieder den

## Ostfragen

zu. Unterstaatssekretär Freilich von dem Botschafter kam auf die von Freilich v. Camp gestellte Frage zurück, ob für den russischen Vertreter in Berlin Joffe ein allerhöchstes Abgesehen erteilt worden sei. Das sei nicht der Fall. Herr Joffe sei lediglich mit einer Urkunde angelangt, durch die er bei der deutschen Regierung als bevollmächtigter Vertreter (Volksbeauftragter) der russischen Republik anerkannt wird.

Abg. Graf Helldorff (Konf.) wandte sich dagegen, daß etwa der weitere Großrussland unter anderen als den bisher üblichen Voraussetzungen zugelassen werde, weil Russland ihn nicht beim Kaiser, sondern beim Volke beglaubigen wolle. Das würde zu unserer Verfassung, nach der allein der Kaiser das Deutsche Reich völkerrechtlich vertritt, in einem Widerspruch stehen, zu dem kein Anlaß und keine Möglichkeit vorliegt. Bezüglich der Verhältnisse in der Ukraine wieder sprach Redner den gegen militärischen Stellen erhobenen Vorwürfen und fragte nach den Quellen der Informationen, die den Herren Scheidemann und Erzberger über die Vorgänge in der Ukraine vorgelegen haben.

Ich lege das Material zugrunde, das unsere Regierungsstellen mitgeteilt haben. Die Unterlage für unser militärisches Vorgehen in der Ukraine ist, daß sowohl die Rede wie die jetzige Regierung unsere Hilfe erbeten haben, um die im Vertrage von Brest-Litovsk übernommenen Verpflichtungen durchzuführen zu können. Erste Aufgabe ist — wir sehen nach im Weltkrieg — die Sicherung der Ernährung für unsere Bundesgenossen und unser eigenes Volk durch die vereinbarten Zufuhren aus der Ukraine. Die Rückfragen auf die spätere Disposition treten zurück vor der Notwendigkeit, die angestrichelten Lebensmittel aus der Ukraine zu erhalten. Eine beabsichtigte Lüge des Vertrages von Brest-Litovsk ist, daß man in dieser Beziehung für die Zeit nach dem 31. Juli nicht Sorge getragen hat. Der Feldbestellungserlass des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn muß als notwendig und korrekt anerkannt werden. Auch die Maßnahmen zur Sicherstellung der für dieses Jahr zu erwartenden Erzeugnisse sind im allgemeinen zu billigen; zum Einfluß in der Ukraine sind

## möglichst weitgehend Säubler

zugelassen. Die Maßnahmen zur Sicherung des Lebens unserer Truppen waren selbstverständlich notwendig und sind zu billigen. Die fünf oder sechs Heftchen des Herrn Erzberger sind teils falschverständlich, teils zu weitgehend und unzutreffend, in der Gesamtheit ihrer Aufmachung allerdings geeignet, den Eindruck herbeizuführen, als müsse der Reichstagsrat gegen die militärischen Stellen nach dem Rechten sehen. Dagegen muß Einspruch erhoben werden. — Bezüglich Ostlands, Ostpreußen und Litauens wandte sich Redner gleichzeitig gegen einzelne der erhobenen Angriffe und wies darauf hin, daß der Einspruch aus Ostland, den Herr Scheidemann sich zu eigen gemacht hat, von den Deutschen ausgeht, die sich mit England in Verbindung gesetzt haben. Würden wir die Randstaaten ganz sich selbst überlassen, so würden sie der Anarchie und dem Einfluß Englands verfallen. Die von

der Linken und Herrn Erzberger erhobenen Angriffe gehen über die militärischen Stellen hinaus

gegen den Kaiser und seine Vertreter, weil diese angeblich wider ihre Uebereinstimmung die ihnen von militärischen Stellen aufgenommene Politik destruktiv Redner wünschte volle Klarheit hierüber, widersprach der Auffassung, daß der Kaiser nur die von der Reichstagsmehrheit vorgeschriebene Politik zu führen hätte, und wünschte volle Berücksichtigung der Auffassungen der Obersten Heeresleitung. Wenn Herr Scheidemann die Dispositiv beurteilt, weil sie den Frieden mit England hindere und die Stimmung im Lande schädliche so frage ich, ob England jede so bereitwillig werden würde, wenn wir den Osten überhandlos der Anarchie und dem Einfluß der Begeisterung ließen. Im Innern kann gemäß die fröhliche Begeisterung, die das deutsche Volk mit vollem Recht über unsere Siege im Westen empfinden hat, nicht dauernd in gleicher Lebhaftigkeit bestehen bleiben. Darauf kommt es auch nicht an, sondern auf den

festen Siegeswillen, der auf dem umgebenden Vertrauen zur Obersten Heeresleitung beruht. Das ist vorhanden. In dieser Grundlage rütteln zu wollen, wäre ein Verbrechen.

Reizfänger von Payer führte aus:

In dem Wunsch einer einheitlichen Dispositiv besteht volle Uebereinstimmung zwischen der Regierung und dem Ausschuss. Es soll im Anschluß an eine bestehende Reichsstelle eine eigene Stelle geschaffen werden, um die Randstaaten in geordnete Regierungs- und Verwaltungszustände überzuführen. Die Beratungen darüber werden in der nächsten Zeit vollständig abgeschlossen werden können.

Das Ziel unserer Politik gegenüber den Randstaaten ist mit ihnen in Zukunft in Frieden und Freundschaft zu leben und uns politisch, wirtschaftlich, kulturell und soweit angängig auch militärisch zu nähern. Wir erhoffen namentlich Vorteile bezüglich der Sicherstellung unserer Ernährung und der Kolonien.

Es spielt aber auch eine nationale Sympathie mit den Deutschen in jenen Gebieten mit, namentlich mit den baltischen Deutschen. Der Weg, den eine einheitliche Dispositiv einschlagen hat, ist der

Weg der Verständigung,

nicht der Vergewaltigung. Die Dinge in den Einzelstaaten liegen aber so verschieden nach ihrer Größe, ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung, ihrer geographischen und innerpolitischen Lage, ihrer historischen Entwicklung, daß für jedes dieser Länder notgedrungen eine eigene Politik betrieben werden muß.

Zunächst Finnland. Wir freuen uns, durch unser Einverständnis Finnland die Unabhängigkeit und Freiheit gesichert zu haben, aber der eigentliche Grund unseres Einverständnisses ist gewesen, im Norden, in militärischer wie in politischer Hinsicht

## endgültigen Friedenszustand

zu schaffen. Trotz der Anerkennung der Unabhängigkeit der finnischen Regierung haben die russischen revolutionär-anarchistischen Soldaten- und Matrosenkomitees von Russland aus den Aufbruch in Finnland mit Waffen, Munition und Mannschaften unterstützt und ihr Umlaufen getrieben. Schließlich hat sogar der Vorsitzende des russischen Rapontomites der Regierung Finnlands den Krieg erklärt. Diese Kriegserklärung, mag sie mit oder ohne Wissen der Petersburger Machthaber erfolgt sein, stand keineswegs bloß auf dem Papier. Das beweist die eingeleitete Beute und die große Zahl der Gefangenen, die von unsern Truppen in Finnland gemacht worden sind. Wir sind von der rechtmäßigen Regierung Finnlands um unsern Einmarsch gebeten worden. Wir wollten uns in die inneren politischen Verhältnisse Finnlands nicht einmischen. Wir haben nur die politische und militärische Sicherheit und den Frieden in der Gegend erreichen wollen und ziemlich weitgehend erreicht. Wir haben mit Finnland Verträge abgeschlossen, die die schon bereits bestehenden Beziehungen politischer und militärischer Art kräftigen werden.

Nach unsern bisherigen Erfolgen werden wir erstens allerdings die finnische Expedition bald als im wesentlichen abgeschlossen betrachten können.

Bezüglich Ostlands und Litauens kann ich mich im wesentlichen auf die Erklärung des Reichsanzlegers beziehen, die er im Großen Hauptquartier namens des Kaisers der estländischen und litauischen Deputation gegeben hat. Zunächst müssen beide Länder ihre Beziehungen zu Russland klären, wobei wir sie gern unterstützen werden, und dann Regierung und Volksvertretung auf eine breitere Basis stellen. Das ist aber eine interne Angelegenheit dieser beiden Staaten, in die wir uns nicht einmengen werden.

Auch die Litauer müssen sich eine eigene Verwaltung und eigene Regierung schaffen unter dem Vorbehalt, daß diese Selbstständigkeitsliebe innerhalb des Rahmens der mit der deutschen Regierung getroffenen oder noch zu treffenden Abmachungen und im Einverständnis zwischen der deutschen Regierung und der deutschen Militärmacht erfolgt. Hierfür müssen wir aber wieder neue Organisationen schaffen, zu denen die Vorarbeiten beendet sind.

Und nun noch zur Ukraine. Was geschehen ist, müßte notwendigerweise erfolgen, um die Vereinbarungen, die wir mit der Ukraine getroffen hatten, auch wirklich durchzuführen. Österreich-Ungarn und Deutschland gehen in der Ukraine ein, wenn sich auch in einzelnen Fällen Meinungsverschiedenheiten nicht vermeiden lassen. Bei den Gebietslieferungen sind wir aber nicht zu kurz gekommen. Das wir uns in die inneren Verhältnisse der Ukraine nicht einmischen wollen, findet selbstverständlich keine Grenzen, einmal in dem Zwecke des Eintrides in die Ukraine, der Herstellung der Ordnung und dann in der Rücksicht auf unsere Truppen.

Für uns ist die Frage, ob die Gebietslieferungen vorzuzugsweise zur Ausfuhr kommen, viel wichtiger als die Frage, wer letztmehr Herrscher in der Ukraine ist, aber welche Lösung schließlich die Grundbestimmungen finden werden.

Die die Verhältnisse in der Ukraine liegen, ist eine militärische Verwaltung dort gar nicht zu entbehren angängig der Kämpfe, die gegenwärtig noch mit den Truppen der Nachbarländer ausgefochten werden. In bezug auf die Lösung der praktischen Aufgaben bleibt aber zwischen der Zivil- und Militärverwaltung, zwischen unserer politischen Ver-

treter und dem Reichsmarschall Eichen und seinem Generalstabes General Groener entsprechend den übereinstimmenden Willen der Reichsregierung und der Obersten Seeresleitung ein gutes Einvernehmen und Zusammenleben. Zum Schluß werde ich mich noch kurz zu der Frage der Teilung der Gewalt zwischen der Obersten Seeresleitung und der Reichsleitung.

Bei dem Zusammenarbeiten zwischen uns und der Obersten Seeresleitung ist für uns immer unter Pflicht und Verantwortungsgesühl maßgebend gewesen, und noch nie, seit ich im Amt bin, hat ein Mitglied den Versuch gemacht, uns in der Betätigung dieses Gefühls irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Ich glaube, Sie können es uns getrost überlassen, die Zuständigkeit der Reichsleitung zu wahren.

## Deutscher Reichstag.

**Berlin, 7. Mai.**  
Das Haus erledigt zunächst keine Anfragen. Auf eine Anfrage über Zurückhaltung von Leuten des 1899 zur Entlassung gekommenen Jahrgangs 1899 des Landsturms wird erwidert, daß es sich um diejenigen Leute handelt, die sich freiwillig freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet haben und die deshalb Anspruch auf Entlassung erst nach Beendigung des Krieges haben. Viele derselben befinden sich als Offiziere, Ärzte und Beamte in Stellung und es muß erst für sie Ersatz geschaffen werden. Die Vorbereitungen hierzu sind im Gange.

Auf eine Anfrage über die neue Verordnung für Herkennung von Erkläreungsmitteln heißt es in der Antwort: Bei der Durchführung einer solchen in das Wirtschaftswesen schwer einschneidenden Verordnung werden während der Uebergangszeit immer neue Schwierigkeiten entstehen. Ein Teil derselben wird inzwischen behoben sein oder bald behoben werden, nachdem die Erläuterungen inwieweit ihre Tätigkeit haben angeschlossen können. Es sind auch für besondere Industriellen Erleichterungen vorgesehen und diese Bestimmungen haben besonders Anwendung auf die alkoholischen Getränke.

Hierauf tritt das Haus in die Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsamt ein.

Abg. Weisig (Z. P.). Eine ganz außerordentlich wichtige Frage der Volkswirtschaft wird die

### Wirtschaftsfragen

Wirtschaftskrieg wird wohl nicht in der Weise zur Durchführung gelangen, wie auf der Pariser Konferenz beschlossen wurde. Die meisten, wenn nicht die meisten, der nächsten entstehen muß. Vor allem müssen beim Friedensschluß die Ernährung und Bekleidung der Bevölkerung sichergestellt werden. Deshalb geht es ohne Volkswirtschaft nicht ab, die aber ganz anders beschaffen sein muß als die Kriegswirtschaft.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Das Haus tritt in die Einzelberatung ein. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Abg. Wörz (Zentr.) begründet die Entschließung des Zentrums, daß zum Schutze des deutschen Einzelhandels und seiner wirtschaftlichen Selbstständigkeit die Einkaufsvereinigungen und Warenbesatzungsstellen und Großhändler und für die Volkswirtschaft als Großhändler vom Reichswirtschaftsamt anerkannt werden.

### Abg. Weisig (D. Fr.)

gute Versorgung mit Matamelade sollte auch für das nächste Jahr beibehalten werden. Die Fortsetzung soll die Versorgung der Rheinbäume mit Korkzähnen aus holländischen Wäldern nicht erschweren.

Abg. v. Böhlenhoff-Röllnick (Konf.): Die Erträge der Holzweidung sind sehr gering. Die Holzweidung darf nicht vernachlässigt, sondern muß mit Handmännern besetzt werden.

### Direktor Müller: Dem Reichstage wird demnächst eine Novelle des Kartengesetzes

zugehen. Die bisher werden wir fortfahren, Kaffee nach dem besondern und neutralen Verhältnisse zu liefern; auch mit dem Ausland haben Verhandlungen.

## Schritte auf der Treppe.

Roman von Marie Stahl.

25. Fortsetzung. Nachdem verboten.

Einmal war es Lore Obden gewesen, die dem letzten Kommissar, Herrn Wegeter, eine Spur gegeben. Sie verriet, wie zufällig, beim Verhöre, daß der junge Graf Giselher der Braut seines Bruders sehr zugehen sei. Die Folgen waren unangenehm für Giselher. Endlose Verhöre und Unterfragen folgten. Nur die Tatsache, daß sein Väter nachzuweisen gewesen, betraute ihn von Unterwühlungsgeheimnis. Bei dieser Gelegenheit war Nadine einmütig aus ihrer Verhinderung herangekommen. Während der Entlassung, vertrat sie die Sache ihres jungen Schwagers. Und die Menschenkenntnis des Kommissars ließ ihm keinen Zweifel an der Reinheit und Lauterkeit ihres Charakters. Lore Obden aber hatte sein Vertrauen zu gewinnen gesucht, wo sie es immer verstand, die Männer dorthin zu leiten, wo sie ihr paßten. Er nahm sie zu seiner Gefährtin, d. h. sie selbst machte sich dazu in einer Weise, daß er sich einbildete, es aus freier Wahl getan zu haben.

Nadine und Giselher aber wandten sich von Stund' an von ihr ab, was für sie weiter keine Folgen hatte, da Giselher oberste und Nadine in ihre Gleichgültigkeit zurückfiel.

Nach diesen ersten vierzehn Tagen wußte Herr Wegeter nur so viel, daß kein Fremder in Rabeland und in der Umgebung der Villa vor und unmittelbar nach dem Tode gesehen worden war. Der Täter mußte also am Orte selbst zu haben sein. Das Dunkel blieb jedoch für erste ungelüftet und trotzige jeder Art und allem Schaffinn.

Die Reihe wurde, sobald freigegeben, in der Familienratte auf dem Majorate des Antels befehligt. Man sah von jeder Seite in der Villa Obden ab und verständig Nadine Tag und Stunde der Abfahrt. Sie fragte nicht danach. Doch mußte sie sehr hellhörig und hellhörig sein, denn sie sah alles zu wissen. Sie schickte sich in diesen Tagen ganz ein. Wovon sie lebte, blieb rätselhaft; denn Wahrung führte sie kaum an. Niemand hatte Einblick auf sie. Wollte man ihr zu irgend etwas zurechen, wurde sie sehr unangenehm und unliebenswürdig. Ihre Mutter wollte mit ihr reden, nach der Absicht aber dieser nach dem Säulen; sie hatte den

## Die „Sicherungen“ vor dem Abgeordnetenhaus.

Ablehnung der Zentrumsanträge — Das Mantelgesetz — Alle Abänderungsanträge fallen.

Berlin, 7. Mai.  
Das Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Beratung des Gelehtenworts betreffend

### Wahländerung der Verfassung

fort. Dazu liegen die Sicherungsanträge des Zentrums und der Antrag Bredt (Z. Konf.) betreffend Zweidrittelmehrheit vor, der ohne Zustimmung der Fraktion gestellt ist.

Die Abg. Bolsig (Ntl.), Dr. Bohnke (Z. Ppt.), Mühlke (fr. Konf.) und Siegel-Berlin (Soz.), Stroebel (U. E.) lehnen die Anträge namens ihrer Parteien ab. Abg. Dr. Bell (Z. Konf.): Unsere Anträge sind die besten Vorschläge zur Verfassungsänderung

und zur Annahme einer brauchbaren Wahlreform. Sie wollen nur den gegenwärtigen Rechtszustand vor der Gefahr der Verfallensicherung sichern, ohne daß dabei politische Momente, Parteilichkeit für uns maßgebend gewesen sind. Wir wollen uns ferner dagegen sichern, daß die Verfassung durch eine einfache Mehrheit geändert werde, und auch die Wahlrechtsänderung unter eine Zweidrittelmehrheit stellen, um uns vor inneren Erschütterungen durch erleichterte Veränderungen in dieser Richtung zu bewahren. Unsere Anträge haben Bedeutung, nicht nur für die Einführung des gleichen Wahlrechts, sondern auch für jede andere Wahlreform. Der Antrag Bredt wird zurückgezogen. Die Anträge Bredt werden gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Abg. v. Rorhoff (b. L. Fr.), Bredt (Z. Konf.) und Dr. Arendt (Z. Konf.) abgelehnt.

### Mantelgesetz

in dem die drei Reformvorlagen vereinigt sind. Zu Artikel 1, wonach der König den Landtag einberuft und schließlich das Abgeordnetenhaus auflösen kann, wird ein fortschrittlicher Antrag, der das Auflösungsrecht des Königs auf die erste Kammer ausdehnen will, abgelehnt, nachdem der Minister des Innern Dr. Drems erklärt hat, daß bei dem außerordentlich demotiviert gehaltenen Abgeordnetenhaus ein Herrenhaus geschaffen werden müßte, dessen Beschlüsse nicht bestritten werden können und das seinen Entschlüssen irgendwelchen Einflüssen nicht unterliegt.

Der Artikel 2 wird, nachdem die Ueberwindung des Königs und seiner Stütze des Landtages zu diesem Gesetz erforderlich sind und bei etwaigen Streikungen oder Kürzungen von Ausgabeposten gegen den Willen der Regierung ein aus Mitteln beider Häuser gebildeter Verbindungsausschuß erneut über den Vorschlag beschließen muß, ehe die Zustimmung der ersten Kammer über den Gesamtantrag stattfindet, angenommen.

Sämtliche Abänderungsanträge werden abgelehnt, darunter ein Zentrumsantrag auf Erweiterung des Budgetrechts des Abgeordnetenhauses, der vom Finanzminister Hergt als mögliche Grundlage für eine Veräußerung erklärt wird, und ein sozialdemokratischer Antrag, wonach ein Gelehtenwort, der in zwei aufeinanderfolgenden Tagungen vom Abgeordnetenhaus angenommen, vom Herrenhaus aber abgelehnt worden ist, vom König ohne Rücksicht auf die erste Kammer zum Gesetz erhoben werden kann.

Beim Reichsversicherungsamt begründet Abg. Beder-Arensberg (Zentr.) einen Antrag.

### Zuschläge aus für die Alters- und Waisenrenten

aus der Hinterbliebenenversicherung zu gewähren und die für Krankenversicherung festgesetzte Höchstgrenze von 2500 auf 4000 Mark zu erhöhen.

Abg. Brauns (Soz.): Die Berufskrankheiten sind in die Unfallversicherung einzubeziehen. Diese Krankheiten gehen zusammen mit dem Ausbruch der Nützungs-Tuberkulose. Auch die Arbeiter selbst müßten durch die Einrichtung der Sicherheitsmänner für den Arbeiterschutz interessiert werden. Hierauf wird die Sitzung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Die Artikel 3 bis 6 werden ohne Erörterung angenommen. Nach Artikel 7 entscheidet das Oberverwaltungsgericht über die Gestaltung der Wahlen des Abgeordnetenhauses. Das Verfahren wird durch königliche Verordnung geregelt.

Zu einem Antrag Dr. Ludwig (Natl.), wonach das Verfahren nicht durch königliche Verordnung geregelt werden, sondern

### Das Oberverwaltungsgericht

im Beschlußverfahren entscheiden soll, erklärt Minister des Innern Dr. Drems: Da in der Kommission der Reichstag laut geworden ist, daß ein unparteiischer Gerichtshof über die Wahlprüfung entscheiden müsse, so hat die Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß eine derartige Bestimmung in die Verfassung aufgenommen wird. Ein Ausschuß von den Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts für das Haus ist nicht zu erwarten. Der Präsident hat erklärt, daß das Oberverwaltungsgericht nicht im Berufungsverfahren sondern im Beschlußverfahren entscheiden werde.

Der Antrag Ludwig wird abgelehnt und der Artikel 7 unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Forts. Stat., kleinerer Vorlagen, Petitionen.

### Staatsministerium und Wahlrechts-Vorlage.

Die Schwerlasten, die sich auf dem Wege der Wahlrechtsvorlage häufen, haben zu einer Reihe von Gerichten geführt, die dem Ministerrat der maßgebenden Minister als besondere Beschlüsse. Demgegenüber wird der „Post. Ztg.“ aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt, daß das Staatsministerium nach wie vor völlig solidarisches sei und im Einvernehmen mit der Reichsleitung an der Durchführung des gleichen Wahlrechts arbeite. Schon die Tatsache, daß die Minister, deren Ministerrat angeblich besondere sein soll, an den Beratungen des Abgeordnetenhaus weiter teilnehmen, beweise, daß von einer Krise nicht gesprochen werden kann.

Das Schicksal, das den Sicherungsanträgen des Zentrums zuteil geworden ist, scheint zwar die Aussichten, auf diesem Wege zu einer Verwirklichung zu gelangen, auf ein Mindestmaß zu verringern. Das schließt aber, so wird erklärt, nicht aus, daß eine Mehrheit in der dritten Lesung zustande kommt.

Wenn wirklich die Ablehnung erfolgt, so wäre mit einem Vorstoß zu rechnen, das es die ähnlich gestellten Wahlrechtsänderungen in Frage anführt. Auch bei uns ist, wie man mit Sicherheit annimmt, der Träger der Krone fest entschlossen, der von ihm vorgelegten Wahlreform in Bonn zu bestehen. Eine gemeinsame Erklärung des Staatsministeriums, die diesen Tatbestand über allen Zweifel erhebt, darf — nach den Informationen des genannten Blattes — erwartet werden. Ebenso gilt es als sicher, daß die nächste Zeit einer Auflösung nach wie vor in Betracht gezogen wird.

## Friede mit Rumänien.

WTB. Bukarest, 7. Mai. Der Friedensvertrag mit Rumänien ist heute um 11 Uhr nachmittags von dem Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten unterzeichnet worden. Die feierliche Schlussfeier, in der die Unterzeichnung erfolgte, fand unter dem Vorherrsche des Staatspräsidenten vor dem Kaiser im Schloß Cotroceni, und zwar in demselben Saale statt, in dem seinerzeit der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg beschlossen wurde. Der Friede wird den Namen „Friede von Bukarest“ führen.

Pure beschäftigte viele vermeintliche Wahrheit liebhaft Sie besah das Gesicht, jeden Ton, den Konrad Ebernick im Schlag, zu einer Melodie zu machen, die ihm wohltuend zu hören war. Er sagte dann aufrichtig überpeut: „Sie verstehen mich wie kein anderer Mensch auf der Welt. Mit meiner Frau kann ich so etwas gar nicht reden. Entweder sie widerspricht oder sie benutzt die Sache, mir irgendeinen Vorwurf daraus zu machen. Da schweigst man lieber.“

Die Untersuchungskommission jagte jetzt den Wärdern unter den Fabrikarbeitern, nachdem sich im privaten Beber des Ertröschenen kein Anhaltspunkt zu einer solchen Tat gefunden. Die Vermutung war nicht abzuweisen, daß sich unter den ausländischen Arbeitern anarchoide Elemente befänden oder bloße Falter der besitzenden Klasse, deren Reibendigkeiten durch den für die Hochzeit entfallenen Komp und Ueberflut erregt wurden, und die im besondern Kampfergebnis nahmen an der Person des bevorzugten Herrenmenschen seiner Gegenwart.

Graf Konstantin, der Vater, vertrat von Anfang an die Ansicht, sein Sohn sei das Opfer des verruchten Anarchismus, und es entsprach burgaus Frau Hedwigs Reizung und Empfindungen, ihm beizupflichten und seine Achtung zu der ihren zu machen; auch Nadine trat ihr bei.

Konrad Ebernick hingegen wollte nichts davon wissen. Er behauptete, seine Arbeiter zu kennen und sich dafür betürgen zu können, daß es keine Verbredner unter ihnen gäbe. Diese Meinungsvorstellungen führten zu erregten Erörterungen und Zwifeln.

Selbstverständlich mußte der Untersuchung Heier Sankt gelassen werden, und Ebernick tat nicht das geringste, sie zu beeinflussen, aber seine Frau und der Oberst verlangten mehr von ihm. Ihrer Meinung nach war es bereits eine unumstößliche Tatsache, daß der Arbeiter sich unter den ausländischen Arbeitern befände, und wenn er nicht zu folgen war, mußte eben das ganze Personal entlassen werden. Nadine ging sogar so weit, diese Entlassung lebenslanglich von ihrem Vater zu fordern.

Konrad Ebernick aber war ein Mann der Tatsachen, der nicht den Kopf verlor, und so schwach er im Hause gegen seine Damen war, ließ er sich auf seinem Gebiete aus den öffentlichen Leben nie die Zügel der Herrschaft aus den Händen nehmen.

(Fortsetzung folgt.)



